

Zahlenstreit um Krankenkassen-Prämien

Abstimmung Baselbieter SP fordert massiv höhere Prämienverbilligungen. Das kostet den Kanton 75 Millionen pro Jahr

VON HANS-MARTIN JERMANN

1 Weshalb stimmt das Baselbieter Volk am 25. November über höhere Prämienverbilligungen ab?

Die Krankenkassenprämien steigen Jahr für Jahr, seit Einführung des Krankenversicherungsgesetzes 1996 haben sie sich mehr als verdoppelt. Wirtschaftswachstum und Löhne konnten mit diesem starken Anstieg längst nicht mithalten. Folge: Der Anteil des Einkommens, den Schweizerinnen und Schweizer für die obligatorische Krankenversicherung verwenden müssen, steigt laufend. Die Prämienlast wird zum Armutsrisiko. Die Baselbieter SP gibt nun mit einer Gesetzesinitiative Gegensteuer. Diese will die an Haushalte ausbezahlten Prämienverbilligungen massiv erhöhen.

2 Was steckt hinter diesen Prämienverbilligungen?

Die Krankenkassenprämien werden in der Schweiz als Kopfprämie erhoben, also unabhängig von Einkommen und Vermögen der Versicherten. Die Coiffuse bezahlt im Wesentlichen gleich viel wie die Bankdirektorin. Sozialpolitisch ist das problematisch. Als Ausgleichsmassnahme wurden deshalb Prämienverbilligungen eingeführt. Sie werden von Bund und Kantonen gemeinsam getragen. Bei Einführung definierte der Bundesrat das Ziel, dass kein Haushalt mehr als acht Prozent des Einkommens für Krankenkassenprämien ausgeben müsse. Davon ist man heute weit entfernt: So liegt die durchschnittliche Belastung der Haushalte durch Krankenkassenprämien mittlerweile bei 15 Prozent, einige Familien bezahlen bis zu 20 Prozent.

3 Wie funktioniert die SP-Initiative?

Die Höhe der Prämienverbilligung orientiert sich laut Initiative neu am Ziel, dass kein Haushalt mehr als zehn Prozent des Nettoeinkommens für Krankenkassenprämien ausgibt. Als Basis zur



Auf Stimmenfang: Die SP sammelte in Liestal für ihre Prämien-Initiative. Zumindest unterschrittenmässig war diese ein Erfolg. BWS

Berechnung dienen allerdings nicht die individuellen Prämienrechnungen von Frau Meier oder Herrn Müller. Diese sind wegen unterschiedlicher Anbieter, Leistungen und Höhe der Franchise nicht vergleichbar. Basis bildet die sogenannte Richtprämie. Gemäss SP-Initiative muss diese künftig mindestens 80 Prozent der kantonalen Durchschnittsprämie betragen. Aktuell wären dies 409 Franken für Erwachsene und 98 Franken für Kinder. Um die Höhe der Prämienverbilligung zu erhalten, wird von dieser Richtprämie ein Zehntel des Nettoeinkommens abgezogen. Die maximal ausbezahlten Prämienverbilligungen betragen bei null Einkommen die kumulierten Richtprämien. Bei einer Familie mit zwei Kindern wären dies 12 168 Franken pro Jahr. Heute wird im Kanton

Baselland die Richtprämie von der Regierung politisch festgelegt: Sie beträgt aktuell 200 Franken für Erwachsene und 110 Franken für Kinder. Die maximal ausbezahlte Prämienverbilligung liegt demnach bei 7440 Franken. Bei einem Ja zur Initiative würde also der maximal ausbezahlte Betrag gegenüber heute um 64 Prozent zunehmen.

4 Welche Auswirkungen hätte ein Ja?

Der Kreis jener, die im Kanton Prämienverbilligungen erhalten, würde gemäss Angaben der Regierung bei einem Ja zur Initiative stark steigen: von aktuell 25 400 auf neu 46 700. Dies, weil die Erhöhung der Richtprämie dazu führt, dass höhere Einkommen als heute neu Prämienverbilligungen erhalten. Im erwähnten Beispiel profitiert die Familie

mit zwei Kindern heute bis zu einem Einkommen von 88 000 Franken von Prämienverbilligungen. Nach einem Ja zur SP-Initiative wird diese Grenze bei 121 700 Franken liegen - dem Zehnfachen der maximalen Prämienverbilligung. Für die Gegner ist das viel zu hoch: Damit würden künftig auch solche von Prämienverbilligungen profitieren, die diese nicht nötig hätten. Die Initianten weisen darauf, dass der Anteil der an hohe Einkommen ausbezahlte Prämienverbilligungen gemessen am Gesamtvolumen sehr tief sei - schliesslich sinkt die Höhe der Verbilligungen mit steigendem Einkommen.

5 Wie wirkt sich die SP-Initiative auf die Kantonskasse aus?

Die Initiative belastet den Staatshaushalt

mit 75 Millionen Franken pro Jahr. Ob sich dies der Kanton Baselland leisten kann, ist umstritten. Ja, finden die Befürworter und verweisen auf das 67-Millionen-Plus in der Rechnung 2017 und ähnlich hohe prognostizierte Überschüsse für 2018 und 2019. Nein, finden die Gegner. Sie befürchten, dass fast der gesamte finanzielle Spielraum, den sich der Kanton den vergangenen Jahren mühsam erarbeitet hat, wieder futsch wäre. Im Gegensatz zum Kanton würden Gemeinden profitieren. Dies, weil sie wegen höherer Verbilligungen weniger Sozialhilfe ausbezahlen müssten.

6 Neben der Höhe der Verbilligungen wird der Systemwechsel kontrovers beurteilt. Weshalb?

Heute entscheidet die Regierung über die Höhe der Richtprämie, der Landrat legt fest, wie gross der Einkommensanteil ist, der davon als Selbstbehalt abgezogen werden muss. Sie bestimmen also nach eigenem Ermessen über die Prämienverbilligungen. Die Initiative fordert, dass künftig die Richtprämie an die Entwicklung der Durchschnittsprämie gebunden ist. Diesen Automatismus kritisieren die Gegner. Damit hätte der Kanton einen weiteren hohen Ausgabenposten in der Rechnung, den er kaum beeinflussen kann. Die Befürworter ärgern sich, dass sich in den vergangenen Jahren die Höhe der Verbilligungen nicht an der Not der Prämienzahler ausrichtete, sondern ausschliesslich anderen Zielen folgte, etwa der Sanierung des Staatshaushalts.

7 Wer ist dafür, wer dagegen?

Da es sich um eine Umverteilungsfrage handelt, verläuft die Trennlinie klassisch zwischen Links und Rechts: SP, Grüne und EVP empfehlen ein Ja, wobei im Landrat die EVPler eine andere Haltung vertraten. Die CVP ist gespalten, lehnt mehrheitlich die Initiative aber ab. Die Nein-Parole haben zudem SVP, FDP, BDP und GLP herausgegeben.

«Endlich eine Entlastung»

Von der Initiative profitiere auch der Mittelstand, betont Adil Koller (SP)

Wir spüren Jahr für Jahr im Portemonnaie, dass die Krankenkassenprämien steigen. Im Baselbiet passiert das überproportional stark: Die Prämien sind bei uns seit 2010 um ein Drittel gestiegen. Die Löhne stagnieren. Zudem hat die Regierung die Prämienverbilligungen zusammengestrichen. Der Kanton bezahlt 25 Millionen Franken weniger an die Unterstützungsleistung, das ist nur noch die Hälfte. Unter dem Strich bleibt für die tiefen Einkommen und den Mittelstand also immer weniger übrig. Nur in zwei Kantonen ist die Prämienbelastung für Familien noch höher. Damit muss Schluss sein - es braucht endlich Entlastung. Die Prämien-Initiative fordert, dass kein Haushalt mehr als zehn Prozent des Einkommens für Prämien ausgeben muss. Die Initiative ist ein moderater Schritt nach vorne. Sie würde uns wieder ins Mittelfeld der Kantone bringen. Das System wird verbessert.

Von höheren Prämienverbilligungen profitieren vor allem die tiefen Einkommen. Erstes Beispiel: Eine Coiffuse, alleinerziehende Mutter eines Sohnes. Sie arbeitet Teilzeit und verdient im Mindestlohn rund 3000 Franken monatlich. Aktuell muss sie die Prämienlast von 650 Franken fast alleine tragen, die Prämienverbilligung beträgt nur 91 Franken. Mit der Prämien-Initiative würde ihre Prämienlast insgesamt um 225 Franken reduziert. Aber auch Familien im unteren Mittelstand profi-

tieren von der Initiative. Zweites Beispiel: Eine Familie mit zwei Kindern, beide Eltern arbeiten in Jobs mit eher tiefen Löhnen und haben ein gemeinsames monatliches Einkommen von

7500 Franken. Heute bekommt diese Familie keinen Rappen Prämienverbilligung, obwohl ihre jährliche Prämienlast über 15 000 Franken beträgt. Monatlich sind das 1250 Franken nur für die Krankenkasse. Mit der Prämien-Initiative bekäme die Familie 280 Franken monatlich, damit die steigende Prämienlast abgedeckt werden kann. Die Beispiele zeigen, dass die Initiative gezielt jene Haushalte unterstützt, welche dies nötig haben. Wenn das Einkommen steigt und die Belastung abnimmt, gibt es auch immer weniger Unterstützung. So werden zudem negative Schwelleneffekte verhindert.

Das Anliegen kommt aus der Mitte der Gesellschaft und wird deshalb immer breiter unterstützt: Neben SP, Grünen und EVP unterstützen die Gemeindepräsidenten von Röschenz, Muttenz und Biel-Benken sowie die Vizepräsidenten von Reinach und Pratteln die Initiative. Alle politisieren in der CVP. Seit vergangener Woche engagieren sich 21 Baselbieter Pfarrerinnen und Pfarrer für das Projekt. Caritas, Avenir Social und Graue Panther unterstützen das Anliegen aktiv. Am 25. November sagen wir alle «Ja zur Prämienverbilligung» - Ja zur Entlastung!



PRO
Adil Koller
Präsident SP Baselland

DIE DEBATTE

Sollen Prämienverbilligungen erhöht werden?

Die Baselbieter SP hat für ihre formulierte Gesetzes-Initiative «Ja zur Prämienverbilligung» in der Kürze 4975 Unterschriften gesammelt. Die Initiative fordert, dass kein Haushalt im Baselbiet mehr als zehn Prozent des Einkommens für Krankenkassenprämien ausgeben muss. Entsprechend müssen an tiefe und mittlere Einkommen ausbezahlte Prämienverbilligungen erhöht werden. Doch das kostet den Kanton 75 Millionen Franken pro Jahr. Ist das sinnvoll?

Was ist Ihre Meinung?
Diskutieren Sie online mit.
Pro und Kontra

«Initiative zerstört gutes System»

Einkommensgrenze der Initiative sei zu hoch, kritisiert Felix Keller (CVP)

Da reibt sich manch einer die Augen: Gemäss Prämien-Initiative soll im Kanton Baselland eine Familie mit zwei Kindern und einem Nettoeinkommen von bis zu 130 000 Franken nicht fähig sein, die Krankenkassenprämien selber zu bezahlen. Das entspricht einem Bruttoeinkommen von 150 000 Franken. Ihnen soll der Kanton unter die Arme greifen. Wer so argumentiert, hebt nicht nur den Sozialstaat aus, sondern gefährdet letztlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Initiative ist undemokratisch und unsozial. Die Forderung, dass die Belastung durch Krankenkassenprämien auf zehn Prozent der Einkommen zu beschränken sei, macht immer mehr Menschen zu Subventionsempfängern. Mit der Giesskanne werden Gelder verteilt, unabhängig davon, ob die Unterstützung notwendig ist. Jährliche Mehrausgaben von 75 Millionen Franken sind die Folge. Bezahlt von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Die heutige individuelle Prämienverbilligung entlastet gezielt Haushalte in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen. Fakt ist: Die Summe der ausbezahlten Prämienverbilligungen im Kanton steigt. Waren es im Jahr 2009 noch 98 Millionen Franken, sind es 2018 deren 120 Millionen. Letztes Jahr bezogen 57 000 Personen eine Prämienverbilligung. Das entspricht 20 Prozent der Baselbieter Bevölkerung. Regierungsrat und Landrat können direkt mitbestimmen und kurzfristig mit



KONTRA
Felix Keller
Fraktionschef CVP/BDP

Beschlüssen Einfluss nehmen. So hat der Regierungsrat jüngst entschieden, den Kantonsanteil ab 2019 um jährlich zwölf Millionen anzuheben. Damit werden gezielt Personen in wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen unterstützt. Die Initianten zerstören also mutwillig ein gut funktionierendes System.

Die Prämien-Initiative ist kein Mittel, um die Entwicklung der Gesundheitskosten in den Griff zu bekommen, sondern reine Symptombekämpfung auf Kosten der Allgemeinheit. In die richtige Richtung geht die kürzlich lancierte Volksinitiative «Für tiefere Prämien - Kostenbremse im Gesundheitswesen» der CVP Schweiz. Sie verlangt, dass Bundesrat, Bundesversammlung und Kantone eingreifen, wenn die Gesundheitskosten im Vergleich zu den Löhnen zu stark steigen. Damit sollen die längst bekannten und guten Sparvorschläge endlich umgesetzt und die Prämienexplosion gestoppt werden.

Es ist unbestritten: Kanton und Gemeinden müssen Notlagen verhindern. Gerade, um den Betroffenen helfen zu können, sind wir aber zuallererst der gesamten Bevölkerung verpflichtet. Ein Sozialstaat, der Familien mit einem Bruttoeinkommen von 150 000 Franken in die Armutsecke drängt und zu Subventionsempfängern macht, ist das Gegenteil von sozial - wie die Prämien-Initiative. Sie verzieht am 25. November an der Urne ein wuchtiges Nein.